

Vorsicht, Kollege von rechts!

Wie die AfD versucht, in Betrieben und Gewerkschaften Fuß zu fassen

Ein Feature von Rainer Link

Atmo: (Start, Landung und oder Abflughalle etc. - Archiv)

Sprecher:

Helmut Schmidt Flughafen Hamburg. Starts und Landungen im Minutentakt. Viele zehntausend Passagiere und deren Gepäck müssen Tag für Tag vom Sicherheitspersonal überprüft werden. Ein Stressjob, der auf die Knochen geht. Einer der Security-Mitarbeiter ist Robert Buck, Jahrgang 1966, lange, zum Zopf gebundene Haare, dichter Bart. Tagsüber im Dienste der Sicherheit am Airport, in der Freizeit tätig als Politiker für die Partei AfD. Robert Buck war früher Mitglied in der Dienstleistungsgewerkschaft VERDI. Heute gehört er mit einigen Mitstreitern zu den Gründern einer eigenen Mini-Gewerkschaft, die den Namen „Dienstleistungsgewerkschaft Luft Verkehr Sicherheit“ trägt. Es handelt sich um die erste von AfD-Politikern initiierte Gewerkschaftsorganisation im Großraum Hamburg.

1

O-Ton Buck

Man muss auch sagen, dass im Sicherheitsgewerbe sehr starke Sympathien für die AfD da sind, aber auch in anderen Bereichen, die im Niedriglohnsektor eher angesiedelt sind, da fühlen sich die Kollegen von den Gewerkschaften sehr schlecht vertreten. Und da ist natürlich dann die Sympathie zur AfD wesentlich größer. In vielen Sicherungsunternehmen ist es so, dass sie mit ihrer AfD Mitgliedschaft gut umgehen können.

Sprecher:

Ein Programm hat die neue Gewerkschaft noch nicht, nur ein schmales Gründungspapier. Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der bestehenden Parteien und Gewerkschaften formuliert die AfD nahe Organisation dennoch radikal und weitreichend. Zum Beispiel zum Thema Mindestlohn:

O-Ton Buck

Die Gewerkschaften und die SPD feiern den Mindestlohn als riesengroßen Fortschritt. Wenn man sich das aber mal in der Realität anguckt, dann kann von einem Mindestlohn niemand eine Familie ernähren und eine zuschussfreie Rente kann er auch nicht erwirtschaften. Im Grunde müssten sich die Gewerkschaften schämen, dass sie diesen Mindestlohn durchgesetzt haben. Wenn man das realistisch betrachtet, dann müsste ein Mindestlohn, von dem man leben will, der müsste oberhalb von 14 Euro 50 sein.“

Sprecher:

Ein rekordverdächtiger Mindestlohn von 14,50? Das ist für die Politik der AfD neu und überraschend. In welche Richtung sich die Arbeits- und Sozialpolitik der jungen Partei entwickeln soll, wird kontrovers diskutiert. Hinter den Kulissen tobt ein Richtungsstreit unter verschiedenen Parteiflügeln: Resultat noch offen.

Gleich nach den Bundestagswahlen im vergangenen Jahr fand in Leipzig ein richtungsweisender Kongress zur Betriebsstrategie statt. Da saß der mehrfach vorbestrafte Lutz Bachmann, Chef der ausländerfeindlichen PeGiDa Bewegung auf dem Podium, neben ihm Björn Höcke, Chef der thüringischen AfD. Beide eingeladen von Jürgen Elsässer, dem Herausgeber des AfD-nahen „Compact“ Magazins. Elsässer blies zum Angriff auf die Gewerkschaftsbastionen, nachzuhören in einem Videomitschnitt seines Compact-Magazins:

2

O-Ton Elsässer:

„Wir wollen eine neue Front im Widerstandskampf in Deutschland aufmachen. Und das ist die Front in den Betrieben. Wir verbinden Patriotismus und Einsatz für die Arbeiter und die Schwachen in diesem Land. Nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes!“

Sprecher:

Björn Höcke sekundierte:

O-Ton Höcke:

„Dann werden wir das tun, was wir bereits erfolgreich begonnen haben, dann werden wir uns verstärkt der kleinen Leute annehmen und die sozialen Errungenschaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Kräfte des Raubtierkapitalismus verteidigen.“

Sprecher:

Ein weiterer Gast dieser Leipziger Konferenz war Oliver Hilburger. Der 48-Jährige ist Betriebsrat beim Autobauer Daimler Benz. Vor seiner betrieblichen Karriere war Hilburger Gitarrist der Rechtsrock-Band „Noie Werte“. Hilburger formuliert für die rechte Szene ein neues Aktionsziel: So wie die AfD als Partei die Parlamente, sollen jetzt die AfD nahen Aktivisten die Betriebsräte erobern.

O-Ton Hilburger

Und wenn es sein muss, werden wir vor Ort sein und werden dafür sorgen, dass diese Pharisäer von der SPD, von der IG Metall vom Hof verjagt werden, weil sie haben das eingebrockt.

Sprecher:

Innerhalb der AfD hat sich eine Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer formiert: AIDA das Kürzel. Christian Waldheim ist ihr Bundessprecher.

O-Ton Waldheim

Wir sind ein Netzwerk, ein Netzwerk innerhalb der AfD, wir bringen dort Menschen mit gleichartigen Interessen und Wünschen zusammen. Das sind die Arbeitnehmer.

Sprecher:

Und diese Arbeitnehmer mit AfD Parteibuch sollen nun die Einheitsgewerkschaften, in denen Menschen ganz unterschiedlicher politischer Überzeugung organisiert sind, bekämpfen.

O-Ton Waldheim

Das klingt nicht nur so, das ist auch ein Plädoyer gegen Einheitsgewerkschaften, weil, wie festzustellen ist, VERDI ein mittlerweile riesengroßer Öltanker ist, der in sich nicht mehr beweglich ist.

Sprecher:

Robert Buck, der Gründer der neuen Flughafengewerkschaft, ist ebenfalls AIDA Mitglied und stellvertretender Bundessprecher.

O-Ton Buck

Sie treten aus, weil sie sich nicht mehr vertreten fühlen, sie sehen den Gewerkschaftsfunktionär im großen Auto durch die Gegend fahren mit Lederausstattung und Sonderausstattung. (...) Wenn sie eine Alternative haben, dann gehen sie raus. Im Moment gibt es nur wenig Alternativen, aber es wird verstärkt danach gesucht, und es werden sich sicher auch in der nächsten Zeit Gewerkschaften gründen.

Sprecher:

Bei der zurückliegenden Bundestagswahl wählten überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder die AfD, so meldete es die „Forschungsgruppe Wahlen“. Traditionell – so dachten viele Beobachter – würden Gewerkschafter stets bei der SPD oder der Linken ihr Kreuz machen. Doch der parlamentarische Aufstieg der AfD bringt diese Gewissheit jetzt ins Wanken. 15 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer haben bei der Bundestagswahl die AfD gewählt, im Osten waren es sogar 22 Prozent. Es finden sich also innerhalb der Gewerkschaften mehr Unterstützer der Partei mit ihren fremden- und islamfeindlicher Positionen als unter den Wählern zur Bundestagswahl 2017 insgesamt.

Wolfgang Rose war, bevor er in den Ruhestand wechselte, langjährig als Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft VERDI tätig. Was weiß die Führung über die politische Haltung der einfachen, passiven Gewerkschaftsmitglieder – also immerhin der Mehrheit der organisierten Arbeitnehmerschaft?

4

O-Ton Wolfgang Rose

Als Gewerkschaftsvorsitzender oder auch als Gewerkschaftssekretär ist man ja in aller Regel mit den Aktiven, also den Vertrauensleuten und den Betriebsräten und Personalräten unterwegs. Und von daher ist man dort in dem Teil der Gewerkschaft unterwegs, in dem diskutiert wird, in dem die Gewerkschaftspolitik im Kleinen wie im Großen festgelegt wird. Und in Betriebsversammlungen ist mir jedenfalls auch eine Artikulation von rechten Positionen nicht in Erinnerung.

Sprecher:

Mitglieder, die sich gegen ausländische Kollegen wenden, die Vorurteile gegen den Islam schüren, die gegen Flüchtlinge hetzen – all das würde es wohl geben, aber es würde nur selten an die Ohren der Funktionäre dringen. Schließlich wären ganz viele Gewerkschafter reine Karteileichen.

O-Ton Wolfgang Rose

Der Kontakt mit der Gewerkschaft, des einzelnen Mitgliedes, und das sind dann 80 -, 85 Prozent, die nicht in Funktionen sind und die nicht in Betriebsgruppen und Vertrauensleutegruppen sind, der einzige Kontakt zwischen denen und uns – neben einer Gewerkschaftszeitung – ist der direkte Kontakt der Multiplikatoren also Vertrauensleute, Betriebsräte im Betrieb.

Sprecher:

Katja Karger, die DGB Vorsitzende in Hamburg ist ratlos. Der Gewerkschaftsbund arbeitet an einer Kampagne, durch die Flüchtlinge von Gewerkschaftskollegen in die Betriebe integriert werden sollen. „Flüchtlingslotsen“ nennt sich das Vorhaben. Für diese erfolgreiche Aktion gab es viel Zustimmung in und außerhalb des DGB, aber keinerlei offene Kritik. Kritiker – so es sie denn gibt - halten sich bedeckt. Wie überhaupt die meisten AfD-Mitglieder oder -Wähler innerhalb der Gewerkschaft ihr Parteibuch buchstäblich verstecken, sagt Karger.

O-Ton Katja Karger

Und das ist ja auch das, was sie immer so gerne postulieren, in dem Moment, wo sie sich melden würden, würden sie ja sofort platt gemacht werden. Was ja nicht der Fall wäre, sondern wir würden sie in die Diskussion holen wollen und mit ihnen darüber diskutieren wollen, was ist denn dein Weg, was ist deine Lösungsidee. Und das ist unsere Erfahrung, dass sie den Mund halten, kaum auftauchen. Es gibt in den Betrieben schon mal einzelne Kollegen, das kriegt man dann schon mal mit, wenn die mal so einen Satz fallen lassen oder Meinungsäußerungen, die nicht sehr internationalistisch sind, aber das macht sich nicht in einem so großen Maß bemerkbar, das wir das Gefühl haben, wir haben es mit mehreren Leuten zu tun.

Sprecher:

Bereits in den 1970er und 80er Jahren, in denen Arbeitsimmigranten in Deutschland noch als Gastarbeiter bezeichnet wurden, bemühten sich Gewerkschaften, solidarische Beziehungen zu den ausländischen Kollegen aufzubauen. Da gab es Aktionen mit Namen wie „Mach meinen Kumpel nicht an“ oder „Rock gegen Ausländerfeindlichkeit“ und immer wieder hat man vor Wahlen zu Null Toleranz gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgerufen. Solche Appelle hätten sicherlich positive Effekte in den politischen Debatten

des Landes hinterlassen, seien aber wohl auch an etlichen Basismitgliedern der Gewerkschaften recht spurlos vorbeigegangen, räumt die DGB Chefin ein.

O-Ton Katja Karger

Ich glaube aber auch, dass wir ganz viele Mitglieder haben, die deswegen Mitglied sind, weil sie hier Rechtsschutz haben. Und ansonsten sich nicht um diese Gewerkschaft scheren, in der sie Mitglied sind.

Sprecher:

Dass die deutschen Gewerkschaften ein Problem mit Rechtsextremismus haben, ist im Prinzip ein bekanntes, aber häufig verdrängtes Phänomen. Bereits 1990 warnte Ernst Breit, der damalige DGB-Vorsitzende.

2. Sprecher:

Zitat: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass auch die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft nicht gegen den rechtsradikalen Bazillus immunisiert.“

Sprecher:

Zehn Jahre später, im Jahr 2000, lieferte eine Rechtsextremismus-Kommission des DGB dieses Ergebnis:

2. Sprecher:

Zitat: „Die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen auch unter Gewerkschaftsmitgliedern virulent sind, ist weder neu noch sonderlich überraschend. Gewerkschaften... atmen die gleiche, mit Vorurteilen und fremdenfeindlichen Parolen angereicherte Luft wie die übrige Gesellschaft. ... Insofern liegen die fremdenfeindlichen Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder gewissermaßen im Trend und spiegeln die Ausbreitung derartiger Orientierungen in der politischen Mehrheitskultur.“

Sprecher:

2003 schließlich kam eine repräsentative Befragung von Gewerkschaftsmitgliedern zu diesem ernüchterndem Schluss: 28% der soziologisch zur Unterschicht zählenden Gewerkschafter besaßen rechtsextreme Einstellungen. Die Mittelschichtangehörigen immerhin noch zu 19%.

O-Ton Wolfgang Rose

Natürlich sind diejenigen im Niedriglohnbereich, diejenigen, die prekäre Arbeitsbedingungen haben, die befürchten müssen, dass sie nicht verlängert werden in ihrer Befristung, diejenigen, die in der Nähe des Mindestlohns sind oder sogar noch aufstocken müssen, ... sind besonders gefährdet, gegen die Politik, der sie zuordnen, dass diese Bedingungen nicht besser sind, die dagegen vorgehen, sind diese besonders gefährdet.

Sprecher:

Die Erkenntnis über das rechtsextreme Segment innerhalb der Gewerkschaften ist nicht neu. Neu ist allerdings das rechte Wahlverhalten eines Sechstels der Deutschen bei einer Bundestagswahl, das nun seine Entsprechung in den Betrieben sucht.

O-Ton Katja Karger

Wir haben als Gewerkschaften einen sehr klaren Wertekanon und dazu gehört: Wer sich als Mitglied der Gewerkschaft rassistisch äußert, antisemitisch äußert, fremdenfeindlich äußert, der fliegt aus der Gewerkschaft. Das ist eine vollkommen klare Angelegenheit. Das ist unser Kriterium.

7

Sprecher:

Noch bis Ende Mai finden in Deutschland die Betriebsratswahlen statt. Derzeit wird in vielen Betrieben eine Zeitung einer sich selbst „Alternative Gewerkschaft“ nennenden Gruppe verteilt. Auch hier finden sich als Autoren u.a. Björn Höcke von der AfD und Jürgen Elsässer vom Compact-Magazin. Und in diesem Blatt zur Betriebsratswahl finden sich offen fremdenfeindliche Stereotype. Von Geldern, die in die „Asylindustrie“ gepumpt würden, ist da die Rede. Man warnt vor „kriminellen Ausländerbanden“, vor „Dschihad-Machos“ und der allgegenwärtigen Islamisierung. AfD – Rhetorik, deren Anhänger oft in den ostdeutschen Ländern verortet werden. Aber bei Daimler Benz im baden-württembergischen Untertürkheim kam jüngst eine klar rechts positionierte Wahlliste zur Betriebsratswahl auf beachtliche 12,5 %.

2. Sprecher:

Als AfD - Parteigründer Bernd Lucke und sein Vorstandkollege Olaf Henkel noch das Sagen innerhalb der AfD hatten, galt sozialpolitisch eher ein wirtschaftsliberaler Kurs. Auch unter Frauke Petri blieb die Politik für Arbeitnehmer eher ein vernachlässigtes Thema. Da, wo die junge Partei sozialpolitische Forderungen zu Papier brachte, konnten

diese eher als ein Rollback gegen Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards wahrgenommen werden. Weitere Privatisierungen der Altersvorsorge oder die Abschaffung der Bundesanstalt für Arbeit waren da markante Stichworte. Inzwischen, im Jahre 2018, treten die AfD Arbeitnehmer und die rechten Aktivisten im Partei Umfeld mit populären Forderungen an, die nicht nur auf den ersten Blick aus dem Fundus der Linken entliehen sind. Sie klagen die ausufernde Leiharbeit und arbeitnehmerfeindliche Werkverträge an. Und mit ihrer Forderung einer Deckelung der Leih- und Zeitarbeit auf maximal 15% des Arbeitsvolumens eines Betriebes übertreffen sie die IG Metall beträchtlich. Auch beim Mindestlohn stellen sie sich mit der Forderung nach 14,50 Euro zum Ärger der DGB Chefin Katja Karger an die Spitze.

O-Ton Katja Karger

Natürlich können wir sagen 12, 15 Euro, zwanzig Euro wären total super, aber, wenn dahinter nicht irgendeine Idee steht, wie man da auch hinkommen kann, ist das total inhaltsleer und bringt überhaupt gar nichts, weil das undurchführbar ist.

Sprecher:

Die Gewerkschaften hätten sich seit den Regierungsjahren von Gerhard Schröder und dessen Hartz-4 Reformen so massiv und nachhaltig verbiegen lassen, dass es den Rechten heute ein Leichtes sei, sich ihre früheren Inhalte anzueignen, sagt der Arbeitsrechtler Rolf Geffken. Er nennt als Beispiele die Leiharbeit und die Werkverträge:

O-Ton Rolf Geffken

Und diese Situation, also Beschäftigter minderen Rechts zu sein, also eine systematische, dauerhafte Diskriminierung, die von der Gewerkschaft nicht aufgegriffen wird, dies führt eben letztlich dazu, dass eine maßlose Enttäuschung in Bezug auf die Gewerkschaften da ist und da gibt es keinen – bisher jedenfalls nicht – sichtbaren demokratischen oder linken oder alternativen Widerstand, aber es gibt natürlich, die gab es immer, aber jetzt besonders werden sie rege, rechte Demagogen. Und insoweit fällt das eben auf besonders günstigen Humus.

Sprecher:

Geffken verweist auf die zum Teil extrem hohen Betriebsratsgehälter bei VW, die erst gekappt worden seien, nachdem die Staatsanwaltschaft Ermittlungen wegen Untreue

eingeleitet hätte. Hohe IG Metall Funktionäre lieferten hier billige Ansatzpunkte für die Agitation der Rechten.

O-Ton Rolf Geffken

Wenn also ein Betriebsratsvorsitzender an die eine Million pro Jahr verdient, dann ist das auch Korruption. Das muss man das so nennen können, ohne dass das strafbar ist.

Sprecher:

Viele Betriebsratsmitglieder in Großbetrieben hätten sich längst zu Co-Managern entwickelt, so sein Vorwurf.

O-Ton Rolf Geffken

Im Ergebnis bleiben sie für die Beschäftigten kaum sichtbar. Und das führt dann dazu, dass bei denjenigen, bei denen der Geduldsfaden reißt, und der hätte schon längst reißen müssen und nun reißt er immer mehr, dann diese Leute in das rechte Fahrwasser geraten und sich sagen: Ja, von den Linken habe ich nichts zu erwarten, jetzt wende ich mich an die AfD oder vielleicht sogar noch an weiter rechts stehende Gruppierungen.

Sprecher:

Die AfD wird in Zukunft innerhalb der Gewerkschaften versuchen, mehr Anhänger zu gewinnen. Ein politischer Resonanzboden ist vorhanden. Die AfD Arbeitnehmer werden sich aber auch erklären müssen, wie sie es beispielsweise mit den bei ihnen unerwünschten Flüchtlingen und Zuwanderern halten wollen, die nun im Wege der Integration auf den Arbeitsmarkt drängen.

O-Ton Waldheim

Was wir mit den Menschen, die hier sind, machen, das ist eine gute Frage. Auf die hab ich zurzeit aktuell auch keine Lösung.

Sprecher:

Die Gewerkschaften sind über die perspektivische Konkurrenz beunruhigt und suchen nach neuen Strategien gegen Rechts. Ein Nachgeben gegenüber Hass und Fremdenfeindlichkeit, stellt DGB Chefin Katja Karger klar, käme nicht infrage.

O-Ton Katja Karger

Es gibt in dieser Gesellschaft im Moment wirklich Gründe, unzufrieden zu sein, wütend zu sein, auch Angst zu haben. Und damit müssen wir umgehen, das müssen wir auffangen. Wo aber für uns als Gewerkschaften sehr klar ist und was wir auch diesen Mitgliedern sagen, die bei der AfD rauskommen: Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass, ist definitiv keine Lösung dafür. Und Nationalismus erst recht nicht.

Zur Verfügung gestellt vom NDR

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z. B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.